

# Beteiligung macht stark!

Zweites Brandenburger Dialogforum für Kinder  
und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen

26. bis 27.  
September  
2017  
im Störitzland



# Impressum

## Herausgeber:

Der Paritätische, Landesverband Brandenburg e. V.  
Tornowstraße 48  
14473 Potsdam  
Tel.: 0331 28497-0  
E-Mail: [info@paritaet-brb.de](mailto:info@paritaet-brb.de)  
[www.paritaet-brb.de](http://www.paritaet-brb.de)

## Verantwortlich:

Andreas Kaczynski

## Text und Fotos:

Daniela Bakos

## Redaktion:

Annett Bauer  
Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung  
Brandenburg

Potsdam, Dezember 2017



**LAND  
BRANDENBURG**  
Ministerium für Bildung,  
Jugend und Sport

Das 2. Dialogforum für Kinder und Jugendliche „Partizipation in den erzieherischen Hilfen“ und die hier vorgelegte Dokumentation wurden gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und unterstützt durch die Fachstelle für Kinder und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg.



FACHSTELLE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG BRANDENBURG

## INHALT

■ Vorwort	4
■ Einführung	5
■ Programm	5
■ Tagungsablauf	7
■ Workshops	
Workshop 1	8
Workshop 2	10
Workshop 3	12
Workshop 4	14
Workshop 5	16
Workshop 6	18
Workshop 7	20
Workshop 8	22
■ Ergebnisse, Ausblick, Meinungen	
Abschlusspräsentation	24
Meinungen und Erfahrungen	25



*Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,*

2016 konnten wir mit Unterstützung des Landes Brandenburg das 1. Beteiligungsforum für Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen durchführen. Damals haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür plädiert, diese Veranstaltung zu wiederholen. Ihr habt euch auch dafür ausgesprochen, dass sie beim nächsten Mal zweitägig sein sollte, damit es mehr Zeit für das Kennenlernen gibt. Es war uns sehr wichtig, diesen Wunsch zu berücksichtigen. Deshalb haben wir die Veranstaltung in diesem Jahr in einem Kinder- und Jugendcamp mit genügend Übernachtungs- und Tagungsräumen und einem lebendigen Außengelände durchgeführt.

Einige von euch waren schon im letzten Jahr dabei. Es war für das Organisationsteam beeindruckend, wie sehr ihr euch in den vergangenen zwölf Monaten verändert habt. Ihr seid nicht nur größer und erwachsener geworden, sondern ganz offensichtlich auch selbstbewusster. Und wie Andreas Hilliger, Abteilungsleiter des Bereiches Jugend im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in seinem diesjährigen Abschiedswort betont hat: Ihr habt schon jetzt viel erreicht. Immerhin ist es euer Verdienst, dass der abwertende Begriff „Heim“ aus dem Sprachgebrauch des Ministeriums gestrichen wurde.

Wie im letzten Jahr habt ihr auch in diesem Jahr sehr intensiv mitgearbeitet. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Es gibt jetzt konkrete Vorschläge für einen landesweiten Kinder- und Jugendrat der Erzieherischen Hilfen und abermals viele Vorschläge, wie sich eure Beteiligung im Alltag und in der Hilfeplanung besser sicherstellen lässt. Und eure Arbeit hat die Landesregierung überzeugt: Andreas Hilliger hat zugesagt, dass das Ministerium auch im nächsten Jahr wieder ein landesweites Dialogforum fördern wird.

In dieser Dokumentation haben die Erwachsenen des Organisationsteams versucht, das Wichtigste zusammenzufassen. Wir konnten leider nicht in allen Workshops die ganze Zeit dabei sein und haben deshalb vieles aus euren Präsentationen bei der Abschlussveranstaltung abgeleitet. Deshalb stimmt vielleicht nicht alles ganz genau mit euren Erinnerungen überein, worum wir um Verständnis bitten. Und noch ein Hinweis: die Namen der Kinder und Jugendlichen, die hier benannt sind, und auch das angegebene Alter entsprechen nicht der Wirklichkeit. Alle persönlichen Angaben wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert.

Nun aber viel Spaß beim Lesen!  
*Euer Organisationsteam*

## Programm

Dienstag, 26. September 2017

- 10:00 Uhr Anreise, Anmeldung, Zimmerbelegung
- 11:30 Uhr Gemeinsamer Auftakt im großen Saal
- 12:00 Uhr Mittagessen
- 13:00 Uhr ■ Workshops/Fachkräfteprogramm
- 15:30 Uhr Kaffeepause
- 16:00 Uhr ■ Workshops/Fachkräfteprogramm
- 18:30 Uhr Gemeinsames Abendessen/Grillen
- 19:30 Uhr Kontakt- und Begegnungsabend:  
Fußball, Volleyball, Lagerfeuer
- 22.00 Uhr Nachtruhe

Mittwoch, 27. September 2017

- 08.00 Uhr Frühstück
- 09.30 Uhr ■ Workshops/Fachkräfteprogramm
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 Uhr Präsentation der Ergebnisse,  
Abschlussplenum
- 15.00 Uhr Abreise

### Einführung

Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Erziehungshilfe müssen mitentscheiden können, wenn es um ihre persönlichen Angelegenheiten geht. So schreibt es das Kinder- und Jugendhilfegesetz vor. Sie haben das Recht,

- sich an der Hilfeplanung zu beteiligen,
- die Alltagsgestaltung und die Regeln in ihrer Familie oder ihrer Wohngruppe mitzubestimmen
- ihren schulischen und beruflichen Werdegang soweit wie möglich selbst zu wählen und
- sich zu beschweren, wenn etwas völlig gegen ihre Vorstellungen läuft.

Es geht dabei darum, dass sie ihr Leben möglichst nach eigenen Wünschen gestalten können. Sie sollen sich ebenso wie Kinder und Jugendliche, die in ihren Familien leben, wohl und respektiert fühlen. Außerdem sollen sie Erfahrungen sammeln, die sie für das selbstständige Leben als Erwachsene brauchen. Jedoch wissen nicht alle in Einrichtungen lebenden Kinder und Jugendlichen, was diese Rechte konkret bedeuten und wie man sie praktisch umsetzen kann. Die Erwachsenen hatten in den letzten Jahren schon viel Gelegenheit, in Fortbildungen etwas darüber zu lernen und ihre Erfahrungen auszutauschen. Für die jungen Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen wurde im September 2016 in Cottbus ein erstes großes Dialogforum ausgerichtet. 80 Kinder und Jugendliche aus ganz Brandenburg waren dort zusammengekommen, um unter dem Titel „Beteiligung ermöglichen“ darüber zu diskutieren, welche Möglichkeiten es zur Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte bereits gibt, woran es hapert und was sich verbessern lässt. Die Diskussionsbeiträge haben sehr deutlich gezeigt, dass längst nicht überall alle Kinder und Jugendlichen so beteiligt sind, wie es das Gesetz vorschreibt. Insgesamt wurden eine Menge Lösungsvorschläge zusammengetragen. Es war aber auch klar, dass es nach dieser Veranstaltung





weitergehen muss, wenn wir Beteiligung ernsthaft voranbringen wollen. Alle Kinder und Jugendlichen, die in Cottbus dabei waren, wollten deshalb zukünftig weiter an den Themen arbeiten.

Das Konzept für das 2. Dialogforum hat die Arbeitsgemeinschaft „Partizipation in den erzieherischen Hilfen“ zusammen mit Kindern und Jugendlichen entwickelt. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet schon seit drei Jahren daran, den Prozess der Beteiligung in den Erzieherischen Hilfen voranzubringen und hat auch das letzte Dialogforum organisiert. In diesem Jahr wurde sie dabei unterstützt von der Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg Kijubb, einem Angebot des Paritätischen Brandenburg.

Beim diesjährigen Dialogforum kamen 83 Kinder und Jugendliche aus 22 Einrichtungen zusammen.

Konkret an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren folgende Organisationen:

- Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg
- Evangelische Jugendhilfe Geltow
- GFB - Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH
- KJHV - Kinder- und Jugendhilfe-Verbund
- Kleeblatt GmbH
- Märkisches Sozial- und Bildungswerk e.V.
- VPK - Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.
- Land Brandenburg - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)



Die vier wichtigsten Themenbereiche der diesjährigen Veranstaltung wurden aus den Ergebnissen des 1. Dialogforums abgeleitet:

- Alltagsbeteiligung in den Einrichtungen
- Beteiligung am Hilfeplangespräch
- Interessenvertretung in den Einrichtungen
- Interessenvertretung überregional (Organisationsstrukturen, finanzielle Absicherung)

### Begrüßung

Annett Bauer vom Organisationsteam führte in das Thema des 2. Dialogforums ein. Grundsätzlich gehe es darum, die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen der Erziehungshilfe zu fördern. Das sei nicht einfach, stellte sie fest, denn die Voraussetzungen seien überall unterschiedlich. „Beteiligung macht stark“, sagte sie, „ist aber kein Wunschkonzert. Die verschiedenen Interessen müssen miteinander besprochen und verhandelt werden.“ Ziel sei es, gemeinsam Ideen zu sammeln und Methoden zu erarbeiten, damit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen gelingt. Dass Kinder und Jugendliche das können, sei ganz klar! Das habe schon das 1. Dialogforum gezeigt, das auch im Ministerium viele Impulse gesetzt habe. So sei zum Beispiel der Begriff „Heim“ in der gesamten offiziellen Sprache der Verwaltung ausgetauscht worden durch „Einrichtung“. Das gelte auch für das Ministeriumsreferat „Heimaufsicht“, das mittlerweile in „Einrichtungsaufsicht“ umbenannt wurde.

Offiziell eröffnet wurde die Veranstaltung von Martin Isermeyer, dem Leiter des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree. Er betonte, dass auch die Jugendämter sehr daran interessiert seien, die Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Er sei gekommen, um sich dafür auf dem Forum Ideen abzuschauen. Den anwesenden Kindern und Jugendlichen dankte er sehr herzlich dafür, dass sie durch ihre Teilnahme die Weiterentwicklung der Jugendhilfe unterstützen.

## Tagungsablauf

Die Themen des Forums wurden in acht Workshops bearbeitet. Sie wurden von externen Fachkräften und zum Teil auch von Jugendlichen moderiert, die am ersten Dialogforum teilgenommen hatten. Es gab folgende Workshops:

- 1: Allgemeine Beteiligung im Alltagsleben  
Moderation: Alex Krieger
- 2: Interessenvertretung in der Einrichtung  
Moderation: Sven Gräßer, Constanze Schmidt
- 3: Mediennutzung  
Moderation: Martin Hampel
- 4: Beteiligung am Hilfeplangespräch  
Moderation: Katja Stephan  
Gäste am zweiten Tag:  
Elke Wagner, MBSJ, und Martin Isermeyer,  
Leiter des Jugendamtes im Landkreis Oder-Spree
- 5: Landesweite Interessenvertretung für  
Kinder und Jugendliche  
Moderation: Susann Opitz
- 6: Allgemeine Beteiligung 2  
Moderation: Mia Zickerow Grund
- 7: Eigenverantwortung und Eigeninitiative  
Moderation: Peggi Täubner und Torsten Obst
- 8: Beschwerdemöglichkeiten in der Einrichtung  
Moderation: Tanja Redlich

Die begleitenden Betreuerinnen und Betreuer - es waren 36 Fachkräfte - hatten parallel in einem eigenen Forum Gelegenheit, sich über bestimmte Aspekte der Beteiligung zu informieren, ihre Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Weil das Gelände sehr weiträumig und nicht immer klar war, wo welcher Workshop stattfand, war der zentrale Anlaufpunkt ständig mit Laura, Meike oder Clemens vom Infoteam besetzt. Abends kamen alle zusammen, um gemeinsam zu grillen, Fußball zu spielen oder sich am Lagerfeuer zu unterhalten.



## Workshop 1

Die Gruppe hat intensiv an einem Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten im Alltag gearbeitet

## Allgemeine Beteiligung

Moderation:  
Alex Krieger

In Workshop 1 wurde über die Mitbestimmung im täglichen Leben diskutiert. Teilgenommen haben acht Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 17 Jahren. Viele von ihnen haben sich für das Thema entschieden, weil sie grundsätzlich politisch interessiert sind, zum Beispiel an Umweltfragen wie dem Klimawandel, der Manipulation von Auto-Abgaswerten und Atomkraft. Aber auch Atomwaffen, Krieg, Rassismus und Diskriminierung zum Beispiel von homosexuellen Menschen wurden angesprochen. In diesen Zukunftsfragen würden viele gern mehr mitbestimmen können. Dem 14-jährigen Finn ging es vor allem um gesetzliche Zusammenhänge wie die UN-Kinderrechte und das Erziehungsrecht der Eltern. Über solche sozialen und politischen Themen, fanden die meisten, sollte in den Einrichtungen mehr gesprochen werden, zum Beispiel in Form regelmäßiger Diskussionsrunden.

Vor allem ging es aber um mehr Mitbestimmung bei den persönlichen Angelegenheiten. Dabei wurde festgestellt, dass bis auf die Zeiten für die Nachtruhe und den Bereich Schule, Ausbildung oder Job die meisten Alltagsbereiche in vielen Einrichtungen relativ frei bestimmbar sind, vor allem wenn es um gemeinsame Fahrten und Aktivitäten, die Aufteilung der Hausarbeit (die „Dienste“) oder die Auswahl der Speisen geht. Bei größeren Entscheidungen sieht es anders aus: Bei Fragen der Haustierhaltung, der Zimmereinrichtung und -gestaltung oder auch des Wohnorts fanden manche, dass ihre eigenen Interessen überhaupt nicht berücksichtigt werden. Die 15-jährige Fabiana zum Beispiel wurde ohne ihre Einwilligung auf Vorschlag ihrer Eltern in einer Brandenburger Einrichtung untergebracht,





sen davon Ausgaben finanziert werden, die sinnvollerweise von der Einrichtung zu tragen wären, wie Schulbedarf, Körperpflegeprodukte und sogar die speziellen monatlichen Hygieneartikel, die Mädchen zusätzlich brauchen. Zudem unterscheiden sich die Beträge je nach Landkreis. Weil ihre Eltern in verschiedenen Orten wohnen, kann es sein, dass einige Jugendliche 20,00 Euro, andere aber 60,00 Euro erhalten, obwohl sie in derselben Einrichtung leben und gleich alt sind. Das ist ungerecht, und die Jugendlichen würden gern wissen, warum das nicht landesübergreifend verbindlich und einheitlich nach Alter gestaltet ist.



Insgesamt war die Gruppe sehr fleißig: Sie hat gleich drei Präsentationstafeln angefertigt und damit ein übersichtliches Bild von dem vermittelt, was bislang gut funktioniert und wo Veränderungsbedarf besteht.

Die Kinder und Jugendlichen waren insgesamt sehr daran interessiert, dass es künftig jährlich ein Dialogforum zur Weiterentwicklung der Beteiligung in den Erzieherischen Hilfen gibt. Wichtig wäre ihnen aber, dass sie im Vorfeld bessere Informationen über die Themen und Inhalte der Workshops erhalten und grundsätzlich selbst bestimmen können, ob und woran sie teilnehmen.

obwohl sie aus Berlin kommt und viele Gründe gehabt hätte, dort zu bleiben. Ihr ist nicht klar, warum das ohne ihre Zustimmung durchgesetzt werden konnte.

Ein Hauptproblem sahen die Kinder und Jugendlichen im Workshop im für Unterhalt, Kleidung und persönliche Ausgaben zur Verfügung stehenden Geld und seiner Verwendung. Die Einteilung schien den meisten nicht gut verständlich und oft auch nicht unbedingt sachgerecht oder fair. In einigen Einrichtungen, so war zu hören, kann das Taschengeld nicht frei ausgegeben werden, sondern wird in einzelne Budgets etwa für Handy oder Süßigkeiten aufgeteilt. Außerdem müs-



Die Gruppe tritt dafür ein, dass es in allen Einrichtungen

- Gruppensprecherinnen und -sprecher und einen entsprechenden Sprecherrat
- einen Kummer- und Beschwerdekasten
- ein Betreuertelefon für dringende Angelegenheiten und
- eine WG-übergreifende Beratung gibt.

Außerdem wird gewünscht, dass im Hilfeplanverfahren Möglichkeiten zum Einzelgespräch vorgesehen werden.

## Workshop 2

## Interessenvertretung in der Einrichtung

Moderation:  
Constanze Schmidt, Sven Gräßer



In Workshop 2 ging es vor allem um die Frage, wie Kinder und Jugendliche ihre Interessen in ihren Einrichtungen vertreten können. Es ging also darum, wie Mitsprache, Mitgestaltung und Demokratie geregelt und umgesetzt werden können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben zunächst gemeinsam festgestellt, in welchen Bereichen sie überhaupt mitbestimmen möchten. Ausflüge und Ferienfahrten, Essen, Bekleidung und Taschengeld gehörten übereinstimmend unbedingt dazu. Viel gesprochen und diskutiert wurde über die Mitsprache bei der Festlegung von Regeln, zum Beispiel zum Besuch von Freundinnen und Freunden, und über die Abstimmung von Konsequenzen bei Regelverstößen. Auch die Berücksichtigung der eigenen Interessen im Hilfeplan war wichtiges Thema.



Um überhaupt feststellen zu können, welche Rechte Kindern und Jugendlichen zustehen, hat sich der Workshop eingehend mit den UN-Kinderrechten beschäftigt und überlegt, welche davon einerseits besonders wichtig sind, andererseits aber kaum berücksichtigt werden. Festgestellt wurde, dass vor allem das Recht auf Privatsphäre in den Einrichtungen oft nicht respektiert wird. Es wurde mehrmals berichtet, dass die Erzieherinnen und Erzieher einfach in die Zimmer stürmen, ohne anzuklopfen. Auch Schilder mit Aufschriften wie „Bitte klopfen“ oder „Betreten verboten“ sind nicht überall erlaubt, zum Teil mit der Begründung, dass das dem Lack an den Türen schadet. Und nicht überall darf man sich zurückziehen, wenn einem danach ist. Eine Teilnehmerin meinte: „Alles in der Gruppe machen zu müssen ist doof. Ich möchte auch mal alleine sein können.“ Auch Vertraulichkeit wird oft nicht beachtet. Die elfjährige Julie musste schon mehrmals erleben, dass das, was sie Betreuerinnen oder Betreuern als geheim erzählt hat, an Menschen weitergegeben wurde, die es gerade nicht hatten erfahren sollen.



Sehr wichtig fand der Workshop außerdem das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehört unbedingt dazu, dass niemand zu etwas gezwungen wird, vor allem nicht zum Essen. Beschimpfungen, Drohungen oder laut werden sollten



auch in Streitfällen als Erziehungsmittel überall ausgeschlossen sein.

Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisierten, dass sie ihr Recht auf Beteiligung am Hilfeplan nicht so wahrnehmen können, wie es gesetzlich vorgesehen ist. Denn oft wüssten sie gar nicht, worum es im Hilfeplangespräch überhaupt geht, weil es vorher darüber keine Aufklärung gibt. Sie wünschten sich deshalb Vorbereitungsgespräche, in denen sie altersgerecht informiert werden. Manche der Kinder und Jugendlichen haben berichtet, dass sie immer wieder von Teilen des Hilfeplangesprächs ausgeschlossen wurden. Sie wurden erst dazu geholt, wenn die Erwachsenen die wichtigen Beschlüsse bereits gefasst hatten. Weil damit das Recht auf Mitbestimmung ganz klar eingeschränkt wird,



Für die Interessenvertretung ist der Arbeitsgruppe wichtig:

- Gruppengespräche mindestens einmal wöchentlich
- gewählte Gruppensprecherinnen oder -sprecher, mit Rechten und Pflichten, unterstützt durch Erwachsene in den Einrichtungen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer möchten demokratisch mitbestimmen über:

- allgemein verbindliche, aber im Einzelfall zu prüfende Regeln und die Konsequenzen bei Verstoß
- Fahrten und Ausflüge
- Geldverwendung und Budgets für Kleidung, Verpflegung und Taschengeld

In den Einrichtungen sollten folgende Kinderrechte auf jeden Fall respektiert werden:

- das Recht auf Privatsphäre, zu dem auch die Möglichkeit zum Rückzug und ein eigenes Zimmer gehören,
- das Recht auf Vertraulichkeit, zum Beispiel dass die Geheimnisse, die die Kinder und Jugendlichen den Bezugspersonen anvertrauen, unbedingt bewahrt bleiben,
- das Recht auf geregelten Besuch von Freundinnen und Freunden
- das Recht auf gewaltfreie Erziehung: keine Drohungen, kein Zwang - auch nicht zum Essen -, keine Beschimpfungen, kein Lautwerden und kein Einsperren.

wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass der Ablauf der Gespräche überall verbindlich und einheitlich geregelt wird.

Auch die Interessenvertretungen in den Einrichtungen sind nicht überall verbindlich geregelt. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben berichtet, dass es in ihren Wohngruppen bis jetzt dafür nur halbherzige Versuche gibt. Oft fanden die Gruppengespräche unabgestimmt, unangekündigt und unregelmäßig statt, und längst nicht überall gebe es Gruppensprecherinnen und Gruppensprecher.



## Workshop 3

## Nutzung elektronischer Medien Moderation: Martin Hampel



Workshop 3 startete mit Spielen im Freien. Dabei ging es vor allem ums Kennenlernen und darum, ein bisschen zu entspannen. „Und Bewegung“, meinte Moderator Martin Hampel, „macht locker.“

Zum Umgang mit elektronischen Medien schilderten die Kinder und Jugendlichen in diesem Workshop sehr unterschiedliche Regelungen. Der Gebrauch scheint, wie sich zeigte, überall immer wieder Diskussionsanlass zu sein. In den meisten Einrichtungen geht es dabei um Orte und Zeiten der Nutzung sowie um die Frage, wer das Ganze bezahlt. Die Erwachsenen möchten diesen Bereich in der Regel kontrollieren, weil sie den Konsum pornografischer oder gewaltverherrlichender Inhalte oder übermäßiges und suchtartiges Spielen befürchten. Die Kinder und Jugendlichen hätten am liebsten unbegrenzten Zugang, denn schließlich, so erklärte eine Teilnehmerin, gehe es dabei nicht nur um „Zocken“ und Unterhaltung, sondern vor allem auch um allgemeine Informationen, Aktuelles aus der Schule oder den Kontakt zu Freundinnen und Freunden.

Kritisiert wurde, dass es in vielen Wohngruppen kein W-LAN oder mit zum Beispiel einem einzigen Laptop viel zu wenig Geräte gibt. Mancherorts dürfen die Handys nicht mit zur Schule genommen und Zuhause nur zu bestimmten Zeiten genutzt werden. Unbeschränkter Internetzugang gibt es nirgends, und die Fernsehzeiten werden überall vom Fachpersonal bestimmt.

Für einige dieser Regelungen gibt es, wie sich zeigte, gute Argumente. Einige Einrichtungen mussten viel Geld für illegale Downloads zahlen oder haben schlechte Erfahrungen mit Cybermobbing gemacht, und bei manchen Kindern und Jugendlichen explodieren die Handykosten, wenn man die Nutzungsdauer nicht einschränkt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Workshop waren aber grundsätzlich der Meinung, dass diese Medien zum Alltag gehören, weshalb Kinder und Ju-

gendliche lernen müssen, verantwortungsbewusst mit ihnen umzugehen. Außerdem wünschen sie sich, dass das Erziehungspersonal ihnen zumindest Grundkompetenzen zubilligt und ein gewisses Vertrauen entgegenbringt. Sie sind auch nicht gegen Regeln für das Fernsehen oder die Nutzung elektronischer Kommunikationsmedien. Sie treten aber dafür ein, dass sie altersangepasst sind und gemeinsam und demokratisch entschieden werden. Die Gruppe schlägt vor, dafür Gruppengremien zu bilden. Und weil es schließlich überall sowohl sinnvolle als auch gefährliche oder idiotische Beiträge gibt, plädiert sie dafür, bei der Beurteilung nicht nach der Art der Medien - also Internet, Spielekonsole, Handy oder Fernsehen -, sondern nach den Inhalten zu entscheiden. Außerdem sollte es für alle - natürlich altersentsprechend - dieselben Regeln geben und klar festgelegt sein, was geschieht, wenn man dagegen verstößt.



### Zusammengefasst wünscht die Gruppe sich:

- Vertrauen in die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen
- altersgerechte Regeln
- verbindliche Regeln
- demokratische Entscheidungen, eventuell in einem gruppeninternen Gremium
- klar definierte Konsequenzen bei Regelverstoß
- Nutzungsentscheidungen, die sich nach Inhalten richten und nicht nach Medien



## Workshop 4

## Beteiligung am Hilfeplangespräch

Moderation:  
Katja Stephan



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Workshop 4 haben sich intensiv damit auseinandergesetzt, wie ihre Interessen im Hilfeplan bis jetzt berücksichtigt und wie sie am Hilfeplangespräch beteiligt werden. Dabei wurde durchaus Positives berichtet: Bei einigen liefen die Gespräche gut, die Eltern haben zugehört, und sie selbst fühlten sich ernst- und wahrgenommen. Manche der Kinder und Jugendlichen sehen ihre Eltern so selten, dass sie froh sind, ihnen wenigstens bei dieser Gelegenheit zu begegnen.

Viele der Mädchen und Jungen haben aber die Erfahrung gemacht, dass die Gespräche nicht so gestaltet sind, wie sie sich das wünschen. Oft, so war zu hören, lassen die Erwachsenen die Kinder und Jugendlichen nicht aussprechen. „Warum“, so die 11-jährige Laura, „dürfen wir nichts erzählen, wenn es doch um uns geht?“ Das sahen auch die anderen so. Sie meinten, dass sie sich überhaupt nicht wahrgenommen fühlen, weil sie nicht einmal aussprechen dürften. Viele teilten die Erfahrung, dass niemand an ihren eigenen Vorschlägen für den Hilfeplan interessiert sei. „Das ist doch keine Beteiligung“, meinte der elfjährige Malte, „wenn wir noch nicht einmal gefragt werden!“

Kritisiert wurde auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Jugendamt sich zu wenig engagieren. Einige Kinder berichteten, dass sich manche zwar die ganze Zeit Notizen machen, selbst aber überhaupt nicht mit ihnen sprechen würden. Andere haben erlebt, dass nicht mit der gesamten Familie zusammen, sondern jeweils mit Eltern und Geschwistern getrennt geredet wird. Andere hatten sogar das Gefühl, dass die Entscheidungen hinter ihrem Rücken getroffen werden. Am später angefertigten Gesprächsbericht wurden die meisten bisher nicht beteiligt, viele haben ihn nicht einmal zur Kenntnis erhalten.

Als unangenehm wurde außerdem empfunden, dass die Atmosphäre nicht kinder- und jugendgerecht ist: Es gebe viel zu wenig Gelegenheit, Gefühle zu zeigen, und die Umgebung sei bedrückend. „Die Jugendämter sind

innen und außen so hässlich“, meinte die 13-jährige Jasmin, „dass man davon Kopfschmerzen bekommt.“

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Workshops wünschten sich mehr Unterstützung, sowohl in der Vorbereitung als auch in den Hilfeplangesprächen selbst.

Elke Wagner und Martin Isermeyer haben diesen Workshop am zweiten Tag als Gäste besucht. Auch ihnen gegenüber haben die Kinder und Jugendlichen deutlich gemacht, wie wichtig ihnen die Mitbestimmung beim Hilfeplanverfahren ist und dass sie dafür nicht nur eine bessere Vorbereitung im Vorfeld benötigen, sondern auch mehr wahrgenommen werden müssten. Die Gäste haben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr interessiert zugehört. Manches von dem, was sie dabei erfahren haben, war ihnen vollkommen neu.

Die Gruppe hat schließlich folgende Mindestanforderungen an das Hilfeplangespräch zusammengetragen:

- es sollen nur Betreuerinnen und Betreuer und die Familie daran teilnehmen können. Freunde, Lehrpersonal oder Praktikantinnen und Praktikanten sollten ausgeschlossen sein.
- es sollen keine Informationen nach außen gehen - auch nicht zum Beispiel an die Schule
- die Wünsche und Meinungen der Kinder und Jugendlichen sollen wahrgenommen und berücksichtigt werden
- die Kinder und Jugendlichen sollen den Bericht anschließend erhalten.
- die Kinder und Jugendlichen sollen am Bericht beteiligt werden.



Auch in diesem Workshop war das in den Landkreisen unterschiedlich hohe Taschengeld Thema. Die Gruppe hat sich ebenfalls für ein landesweit einheitliches, nur nach Alter gestaffeltes Taschengeld ausgesprochen.



## Workshop 5



## Landesweite Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen

Moderation:  
Susann Opitz

Workshop 5 hat sehr intensiv daran gearbeitet, wie die geplante landesweite Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in den erzieherischen Hilfen organisiert werden soll. Einige Teilnehmer hatten schon im letzten Jahr am Kinder- und Jugenddialog in Cottbus teilgenommen und sich in der Zwischenzeit viel dazu überlegt. Im Störitzland wurde nicht nur ganz konkret über die Aufgaben und Zuständigkeiten, sondern auch über die Strukturen und die finanzielle Ausstattung der landesweiten Interessenvertretung diskutiert.

### **Zu den Aufgaben und Zuständigkeiten wurde beschlossen:**

Der Kinder- und Jugendhilferat soll beratender Ansprechpartner für Politik und Verwaltung, aber zugleich auch überregionale Beschwerdestelle für alle in Einrichtungen der Erziehungshilfe lebenden Kinder und Jugendlichen des Landes Brandenburg sein. Außerdem soll er die Einrichtungen vor Ort besuchen und die Kinder und Jugendlichen dort bei der Umsetzung ihrer Beteiligungsrechte unterstützen. Er soll aber auch davon unabhängig immer ansprechbar für Kinder und Jugendliche aus den erzieherischen Hilfen sein.

Darüber hinaus soll er an der politischen Umsetzung der Partizipationsrechte beteiligt werden. Dazu gehören:

- Beteiligung und Mitbestimmung bei der Gesetzgebung und beim Erlass von Vorschriften sowohl im Landesparlament als auch in den Landkreisen und Städten
- Beteiligung an Fachgesprächen im Ministerium, die in den Sachbereich der Erziehungshilfe fallen.

### **Zur Organisationsform wurde vorgeschlagen:**

- Die Interessenvertretung soll den Namen „Kinder- und Jugendhilfe-Landesrat“ (KJLR) erhalten.

- Der Rat soll 10 Mitglieder haben, die von allen in Einrichtungen der Erziehungshilfe in Brandenburg lebenden Kindern und Jugendlichen gewählt werden.
- Einmal im Quartal soll er zusammenkommen, um sich über anstehende Themen und Probleme zu beraten.
- Es soll einen Vorstand geben, der sich aus Vorsitzenden sowie Finanz- und Schriftbeauftragten zusammensetzt.

Die Ratsmitglieder sollen per E-Mail, Telefon (zu festgelegten Zeiten) und brieflich erreichbar sein.

Sie sollen selbstbestimmt arbeiten, aber von Fachleuten beraten und unterstützt werden. Mögliche Partner wären die örtlichen Jugendämter und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und die Beteiligungsbeauftragten in den Einrichtungen. In Bedarfsfällen soll es dem Rat möglich sein, juristischen Rat einzuholen.

Um die Aufgaben umsetzen zu können, braucht der Rat ähnlich der Landeschülervertretung folgende Sach- und Geldmittel:

- ein eigenes Büro im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Mittel zur Finanzierung von Sach- und Fahrtkosten sowie ein finanzielles Budget, das er frei verwalten kann
- Schreibtische, Stühle und Regale
- Computer und Telefone (vielleicht auch Handys) sowie
- Zugang zum Internet.



# Workshop 6 Allgemeine Beteiligung II

Moderation:  
Mia Zickerow Grund



hin zum Recht auf Privat- und Intimsphäre. Denn zum einen gibt es in manchen Wohngruppen keine Einzelzimmer, zum anderen klopfen die Betreuerinnen und Betreuer nahezu grundsätzlich nicht an, wenn sie ein Zimmer betreten. Als Bevormundung wurde empfunden, dass es kaum Flexibilität bei den Bettzeiten gibt, also weder Rücksicht auf das Alter noch auf die Anforderungen des nächsten Tages genommen wird. Zumindest am Wochenende sollten auch Kinder und Jugendliche in den Erziehungshilfen das Recht haben auszuschlafen. Ein Junge berichtete sehr anschaulich über die Vorschriften, die es in seiner Wohngruppe für die Körperhygiene gibt: Dort gibt es nur einen Waschraum, aber alle müssen abends duschen. Die Folge: „Man muss sich unglaublich beeilen, und für die Letzten gibt es kein heißes Wasser mehr.“



Auch bei den Ausgangszeiten wurden mehr Zugeständnisse verlangt. „Es nervt“, so die 14-jährige Sarah, „dass alles vorgeschrieben wird und man sich immer abmelden muss. Man fühlt sich dann kontrolliert.“ Wie in den anderen Workshops wurden mehr Taschengeld und Selbstbestimmung bei den Ausgaben

Aufgrund des großen Interesses an dem Thema hat sich Workshop 6 wie Workshop 1 mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten im Alltag beschäftigt. Gestartet wurde mit einem Geländespiel im Freien. Dabei ging es nicht nur ums Kennenlernen, sondern auch um die Erkundung des großen Geländes. Anschließend hat die Gruppe sich zunächst damit auseinandergesetzt, welche Alltagsbereiche Kinder und Jugendliche überhaupt beeinflussen können. Die Schule zum Beispiel wurde definitiv nicht dazu gezählt. Viele Veränderungswünsche gab es aber an den Freizeitbereich, der in manchen Einrichtungen deutlich zu stark geregelt ist. Hier, meinte die Gruppe, werden die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen der Erziehungshilfe gegenüber dem Leben in der Herkunftsfamilie erheblich benachteiligt.



Wie die berichteten Beispiele zeigten, erstreckt sich das von der täglichen Hygiene über Schlafens-, Aufsteh- und Ausgehzeiten über die Mediennutzung und das Taschengeld bis



A photograph showing three people (two women and one man) gathered around a table outdoors, looking at a map. They are in a wooden structure, possibly a cabin or a shelter. The woman on the left has long blonde hair and is wearing a dark jacket. The woman on the right has long brown hair and is wearing a brown hoodie. The man on the right is wearing a dark jacket and is leaning over the table. The background shows a wooden wall and some greenery.

Zum Aufwärmen ging es erstmal nach draußen.

gefordert. Und in manchen Einrichtungen wären sogar mehr Mitbestimmungsrechte bei den Mahlzeiten nötig, damit es gut schmeckt und gemütlich ist. „Warum“, so der 13-jährige Linus, „können wir nicht gemeinsam kochen, statt uns abends immer nur ein paar wenige Stullen schmieren zu dürfen?“

Wie nahezu überall gab es viel Kritik an der eingeschränkten Mediennutzung. Sowohl die Internet- und Handy- als auch die Fernsehzeiten werden in den meisten Einrichtungen streng kontrolliert. Anderswo mangelt es am grundsätzlichen Zugang, weil es zum Beispiel vor Ort kein W-LAN oder nur einen einzigen Fernseher gibt, den sich dann 12 Personen teilen müssen. Am besten wäre es, meinte Linus, wenn es in jedem Zimmer ein eigenes Gerät gäbe. Dann könne man grundsätzlich selbst bestimmen, was man sieht.

Bemängelt wurde auch, dass es vielerorts keinen Zugang zu externen Sport- und Freizeitangeboten wie Fußballvereinen oder Freiwilligen Feuerwehren gibt. In manchen Einrichtungen ist es schlicht nicht erlaubt, bei anderen fehlt das Geld für die Mitgliedsbeiträge.

Workshop 6 fordert darüber hinaus die verpflichtende Einrichtung von Mitbestimmungsgremien in allen Wohngruppen und mehr Mitsprache bei allen Entscheidungen des Jugendamtes.

### Konkrete Forderungen:

- Schlafen und Privatsphäre
  - später ins Bett
  - freie Wahl beim Aufstehen
  - variable Bettzeiten
  - Einzelzimmer
- Mediennutzung
  - Recht auf Mitsprache
  - länger fernsehen
  - Programm selbst bestimmen
  - coole Filme gemeinsam sehen
  - ein Fernseher für jedes Einzelzimmer
  - freie Handynutzung
  - schnelles W-LAN
- Hygiene
  - eigenes Bad
  - flexible Duschzeiten
  - Badewannen
- Grundsätzliche Mitbestimmung
  - bei allen Entscheidungen des Jugendamtes, der Einrichtung und des Trägers
  - Mitbestimmungsgremien in allen Einrichtungen
  - mehr Anerkennung und Respekt von den Betreuerinnen und Betreuern
  - grundsätzliche Offenheit für Diskussionen - auch über Angelegenheiten, die nicht die Wohngruppe betreffen

## Workshop 7



Workshop 7 setzte sich wie die Workshops 1 und 6 mit der Beteiligung im Alltagsleben auseinander. Dabei ging es vor allem darum, welche Bereiche die Kinder und Jugendlichen ohne Einmischung selbst verantworten dürfen: Ist es möglich, selbst zu bestimmen, wofür das Taschengeld ausgegeben wird? Oder, zum Beispiel am Wochenende, zu entscheiden, wann es ins Bett geht? Und darf das Frühstück auch einmal ausgelassen werden, um auszuschlafen? Und wie weit geht es mit der Eigeninitiative bei der Freizeitgestaltung oder beim Besuch von Freundinnen und Freunden? Konkret also: Welche Freiheiten sind vorhanden, wo gibt es zu viel Zwang?

## Thema: Eigenverantwortung und Eigeninitiative

Moderation:  
Peggi Täubner,  
Torsten Obst

Die Teilnehmerinnen haben sich engagiert mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, dass es in den Einrichtungen insgesamt doch recht viele Bereiche gibt, in denen Selbstverantwortung völlig ausgeschlossen wird. Die Gründe dafür sind ganz unterschiedlich: Meist scheitert es am Geld. Mitunter liegt es aber auch an unterschiedlichen Vorstellungen von einem geregelten Familienleben.

Der Workshop hat sich auf die für die Kinder und Jugendlichen wichtigsten Probleme konzentriert. Und dort zeigte sich dann, dass sie bei der Verwirklichung ihrer Vorstellungen und Ziele sehr eingeschränkt werden: Die 14-jährige Emilia durfte das Gitarrenspiel nicht erlernen, weil dafür kein Geld vorhanden war. Und die 17-jährige Berenike weiß nicht, wie sie ihren Führerschein finanzieren soll. Denn von ihrer Ausbildungsvergütung dafür sparen kann sie nicht, weil ihr davon 80 Prozent für den Unterhalt abgezogen werden. Und das ist für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Erziehungshilfe auch dann nicht anders, wenn sie Ferienjobs annehmen, da sie einen großen Teil des selbstverdienten Geldes an das Jugendamt abgeben müssen.

Dazu kommt, dass das Taschengeld in manchen Landkreisen so gering ist, dass sich davon kaum die Handygebühren und das Material für die Schule bezahlen lassen. Eine Teilnehmerin des Workshops gibt jeden Monat ihr gesamtes Taschengeld in Höhe von 15,00 Euro für Handygebühren aus. Würde sie darauf verzichten, wäre sie aber völlig von ihren Freundinnen





und Freunden und dem Leben außerhalb der Einrichtung abgeschnitten. Von freier Einteilung des Taschengeldes, so meinten die Workshop-Teilnehmerinnen und Teilnehmer, könne deshalb überhaupt keine Rede sein.

Es gibt aber darüber hinaus auch ganz andere Einschränkungen, zum Beispiel in der Einteilung der wenigen Zeit, die nach Schule oder Ausbildung, Hausaufgaben und Haushaltsdiensten überhaupt bleibt. Hier, so meinten einige, finde sich immer noch die eine oder andere Aufgabe, die sie zusätzlich erledigen müssten. Es wäre sehr wichtig, mehr Selbstbestimmung über die eigene Freizeit zu haben.

Wie auch schon beim 1. Dialogforum haben einige Jugendliche wieder festgestellt, dass sie es blöd finden, wenn sie nicht fotografiert werden dürfen. Immerhin konnten aber zwei Jugendliche aus diesem Workshop erreichen, dass das Verbot für dieses Jahr aufgehoben wurde.

### Kritik und Forderungen im Einzelnen:

- Wir sind keine Babysitter!
- Stärkt unsere musikalische Ausbildung!
- Gebt uns einheitliches Taschengeld!
- Nehmt uns nicht unser hart erarbeitetes Geld weg!
- Bietet uns tolle Sport- und Freizeitangebote in allen Einrichtungen!
- Fördert unseren Führerschein!
- Traut uns was zu!
- Lasst uns selbst entscheiden, ob wir fotografiert werden wollen!
- Mehr Geld für Freizeit und Sport!



Der Workshop hat sich entschieden, die erarbeiteten Vorstellungen und Wünsche nicht nur auf einem Plakat zusammenzustellen, sondern als kleine Demonstration auf der Bühne zu inszenieren. Jedes Mädchen und jeder Junge hat dafür ein Streikschild gebastelt und dort die persönlich wichtigste Forderung aufgeschrieben. Die 15-jährige Lisa ist in die Rolle einer Reporterin geschlüpft. Sie hat die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Präsentation nacheinander zu ihren Vorstellungen befragt und damit allen die Gelegenheit gegeben, ihre Standpunkte persönlich zu begründen.



## Workshop 8

## Beschwerdemöglichkeiten in der Einrichtung

Moderation:  
Tanja Redlich



Schon beim vergangenen Kinder- und Jugenddialog haben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisiert, dass es in ihren Einrichtungen und Wohngruppen keine geregelten Beschwerdeverfahren gibt. Workshop 8 hat das Thema nochmals aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert.

Auch diesmal gab es Kinder und Jugendliche, die nicht darüber informiert waren, dass sie sich beschweren können dürfen, oder nicht wussten, an wen sie sich dafür wenden können. Einige mussten auch erst einmal lange überlegen, welche Anlässe für Beschwerden es geben könnte. Dabei war es schwierig, zwischen kleinen Reibereien, Alltagskonflikten und ernsthafter Beschränkung von Rechten zu unterscheiden, zum Beispiel weil Erzieherinnen oder Erzieher Grenzen überschreiten.

Schließlich wurde aber doch festgestellt, dass es überall hin und wieder Grund für echte Unzufriedenheit gibt. Im Alltag sind es oft die Mitbewohnerinnen und -bewohner, die das Leben erschweren, weil sie sich nicht an Regeln halten. In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel von Diebstählen, zu viel Lärm oder verschmutzten Sanitäranlagen berichtet. Mancherorts gibt es auch Probleme mit den pädagogischen Fachkräften, meist weil zu viel verboten wird. Einige fanden außerdem, dass man sich über den Ablauf der Hilfesprechgespräche eigentlich beschweren können müsste. Der 15-jährige Marco etwa hat die Erfahrung gemacht, dass sich dort so gut wie immer die Erwachsenen durchsetzen. Er selbst werde, wenn überhaupt, nur ganz allgemein gefragt, wie es denn „so läuft“.

Diejenigen, bei denen es geregelte Beschwerdeverfahren gibt, haben damit sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Alle waren sich einig, dass sie sich mit Beschwerden nur Personen anvertrauen würden, die absolut zuverlässig sind. Auch eine freundliche Atmo-

sphäre und viel Zeit zum Erzählen und Zuhören waren den meisten sehr wichtig. Einige Kinder und Jugendliche haben berichtet, dass sie sich bei Problemen am ehesten an Ansprechpersonen in der Schule wenden würden, zum Beispiel an Vertrauenslehrerinnen oder -lehrer.

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer ziehen es vor, sich mündlich zu beschweren - entweder im Gruppengespräch oder direkt bei einer Vertrauensperson. Eine Zettelbox oder ein „Kummerkasten“ war den meisten zu anonym. Die elfjährige Tatjana bestätig-

Damit Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Erziehungshilfe es leichter haben, sich zu beschweren, schlägt die Gruppe vor,

- dass überall grundsätzlich über Beschwerdemöglichkeiten informiert wird,
- dass es in den Einrichtungen unterschiedliche vertrauenswürdige Ansprechpersonen gibt, z.B.
  - *Mitbewohnerinnen und -bewohner, etwa in der Gruppenrunde (wenn vorhanden)*
  - *Gruppensprecherin oder -sprecher mit viel Zeit*
  - *(Bezugs-) Erzieherinnen und Erzieher*
  - *andere Fachkräfte bis hin zur Einrichtungsleitung*
- und dass es auch außerhalb der Einrichtungen vertrauenswürdige Personen gibt, z.B.
  - *Familie (Eltern, Geschwister oder andere), Freundinnen, Freunde oder andere Gleichaltrige*
  - *schulische Ansprechpartnerinnen und -partner*
  - *Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Jugendamt*
  - *unabhängige Beraterinnen und Berater, die sich rechtlich auskennen, zum Beispiel wenn in der Einrichtung und vom Jugendamt falsch informiert wurde - etwa in Fragen der Ausbildung*
- Außerdem wünschen sie sich, dass sie am weiteren Vorgehen beteiligt werden. Folgende Schritte sollten dabei eingehalten werden:
  - *die Vertrauensperson hört freundlich und geduldig zu*
  - *sie berät die Beschwerdeführenden*
  - *sie entwickelt gemeinsam mit den Beschwerdeführenden Lösungen*
  - *sie unterstützt die Lösung im Team und in der Gruppe*



te das. Sie meinte, dass der in ihrer Wohngruppe vorhandene Problemkasten so gut wie nicht genutzt werde. Einige wünschten sich ganz allein - also ohne Begleitung durch das Betreuungspersonal – mit ihren Sozialarbeiter\*innen reden zu können.

Die Gruppe würde es sehr hilfreich finden, wenn es überall gewählte Gruppensprecherinnen und -sprecher und darüber hinaus eine kostenlose telefonische Hotline oder einen Internetchat gäbe, auf dem man mit Gleichaltrigen diskutieren und an den man Beschwerden herantragen kann. Abschließend trugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, was sie mindestens bräuchten, damit sie sich bei Kritik und Beschwerden wahr- und ernstgenommen fühlen.



## Ergebnisse, Ausblick, Meinungen

### Abschlusspräsentation

Zum Abschluss kamen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, um die Arbeitsgruppenergebnisse zu präsentieren. Die Workshops hatten ihre Empfehlungen, Forderungen und Vorschläge auf großen Plakaten übersichtlich in Stichpunkten zusammengefasst. Sie wurden zunächst von jeder Gruppe inhaltlich erläutert und dann in einer kleinen Galerie zusammengestellt. Gemeinsam wurde dann über die dringendsten Handlungsbereiche abgestimmt. Dafür waren farbige Klebepunkte verteilt worden, mit denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die für sie wichtigsten Probleme und besten Lösungsvorschläge auf den Plakaten markieren konnten. Diejenigen mit den meisten Punkten sollten dann, so Annett Bauer, vorrangig mit den Jugendämtern, den Einrichtungen und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport diskutiert werden. Da im Störitzland aber nicht alle Kinder und Jugendlichen dabei sein konnten, die Angebote und Einrichtungen der erzieherischen Hilfen nutzen, wurde der Beschluss gefasst, alle Forderungen auf der Website „Partizipation in den erzieherischen Hilfen“ zu veröffentlichen. So können alle Kinder und Jugendlichen mit darüber abstimmen, welche Vorschläge und Ideen unbedingt mit Erwachsenen in den Einrichtungen, in der Politik und in der Verwaltung besprochen werden müssen. Die Homepage wird wahrscheinlich Anfang 2018 online gehen können.



Gäste aus dem Ministerium für  
Bildung, Jugend und Sport.  
Oben: Elke Wagner,  
Referatsleiterin Einrichtungsaufsicht,  
rechts: Andreas Hilliger, Abteilungsleiter

### Abschiedswort vom Ministerium

Andreas Hilliger, Abteilungsleiter beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, hatte es trotz einiger Verkehrshindernisse doch geschafft, rechtzeitig zur Verabschiedung einzutreffen. Er betonte in seiner Abschlussrede, wie wichtig diese Veranstaltung und das große Engagement der beteiligten Kinder und Jugendlichen für die Weiterentwicklung der demokratischen Mitbestimmung in den Einrichtungen seien. Für die Jugendhilfe sei es unbedingt nötig, mit den Kindern und Jugendlichen selbst ins Gespräch zu kommen, um Gesetze und Bestimmungen so zu ändern, dass sich die Bedingungen für die Kinder und Jugendlichen in den erzieherischen Hilfen verbessern. Einige Anregungen des letzten Dialogforums seien auch direkt umgesetzt worden: „Das, was hier gemacht wurde“, sagte er, „ist im Ministerium durchaus wahrgenommen worden.“

Andreas Hilliger begrüßte das im Workshop 5 erarbeitete Konzept für den geplanten Kinder- und Jugendrat. Er sagte zu, dass das Ministerium einen Raum bereitstellen und die Fahrt- und Sachkosten finanzieren werde. Gleichzeitig versprach er, dass das Ministerium auch im nächsten Jahr wieder ein zweitägiges Dialogforum unterstützen werde.

Annett Bauer erklärte abschließend, wie es nun weitergeht. Im Anschluss an das Forum sei die Einrichtung einer Website geplant, auf der die Arbeitsergebnisse veröffentlicht werden. Auch ein Online-Forum sei vorgesehen, auf dem für die Rangfolge der in der Präsentation benannten Probleme in der Partizipation weiterhin Stimmen gesammelt würden. Die Themen und Inhalte mit der insgesamt größten Unterstützung sollten dann in regionalen Workshops vertieft werden. Sie sprach ergänzend einige organisatorische Probleme an, die am Vorabend am Lagerfeuer zur Sprache gekommen waren. Dazu gehört, dass viele Kinder und Jugendliche sich ihre Workshops nicht selbst hatten ausuchen können. Das, sicherte sie zu, solle beim nächsten Mal besser organisiert werden.





Alle Präsentationstafeln wurden in einer Galerie zusammengestellt. Hier werden Punkte für die wichtigsten Aufgaben vergeben.

### Meinungen und Erfahrungen

In den Pausen hatten sich dankenswerterweise einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu bereit erklärt, sich zu den beiden Tagen im Störitzland zu äußern. Manche davon waren schon im letzten Jahr in Cottbus dabei und konnten nun berichten, ob sie das dort Erfahrene hatten anwenden können. Die 12-jährige Jule zum Beispiel hatte sich dort über ihre Rechte beim Hilfeplangespräch informiert. Sie hat dort gelernt, dass es gut ist, wenn man sich darauf vorbereitet: „Ich weiß jetzt vorher, was ich möchte. Und ich habe keine Angst mehr, weil ich weiß, dass die Erwachsenen nicht einfach alles bestimmen dürfen“, sagt sie. Mittlerweile besteht sie darauf, dass man ihr zuhört und berücksichtigt, was sie sagt.

Das Resümee der 14-jährigen Lea ist nicht ganz so positiv. Zwar hat auch sie viel erfahren, sie konnte es aber in ihrer Einrichtung nicht umsetzen: „Ich fand das mit den Gruppensprechern eine gute Idee. Aber einige in meiner Wohngruppe waren dagegen, da wurde es eben nicht gemacht.“

In der Einrichtung der 16-jährige Judith dagegen gibt es schon lange Gruppensprecherinnen und -sprecher. Sie ist eine davon. Überhaupt, meint sie, können die Kinder und Jugendlichen in ihrer Wohngruppe sehr viel mitbestimmen. Auch sie war im letzten Jahr schon dabei. Sie ist gern wieder mitgefahren - nicht nur, weil sie mehr erfahren, sondern auch, weil sie Zeit mit den Jugendlichen aus anderen Einrichtungen verbringen wollte.

Mareike ist 16 Jahre alt und zum ersten Mal dabei. Ihr Urteil über das Forum ist positiv, vor allem, weil sie



viel über den Umgang mit Beschwerden erfahren hat. In ihrer Einrichtung gibt es dafür kein festgelegtes Verfahren, noch nicht einmal einen Zettelkasten. „Bei uns ist es schwer, Kritik zu üben“, meint sie, „man braucht viel Mut und weiß nie, an wen man sich wenden kann.“ Sie findet es gut, wenn man dafür Regeln und Gremien schafft, also Gruppensprecher wählt und regelmäßige Termine bestimmt, um Probleme zu besprechen. „Wenn man dafür Ansprechpartner und feste Zeiten hat, wird es bestimmt leichter.“ Mareike hofft deshalb, dass sich in ihrer Einrichtung ein paar von den Anregungen, die sie hier gesammelt hat, umsetzen lassen.

Der 16-jährige Maik hätte auf dem Forum gern mehr darüber erfahren, wo es Rat gibt, wenn die Eltern ihre Unterstützung verweigern. Maik möchte in ein ande-



Einige Jugendliche waren mutig genug, sich für die Dokumentation filmen zu lassen.

res Bundesland ziehen, weil er dort bessere Ausbildungsmöglichkeiten hat. Das kann aber nur im Hilfeplangespräch entschieden werden, und das sagen seine Eltern immer wieder kurzfristig ab. Er hätte gern, dass das Jugendamt hier mehr Druck ausübt.

Auch für Kristina und Clara war die Teilnahme an diesem Forum neu. Sie sind dazu, wie sie sagen, eher „zwangsmotiviert“ worden. Dennoch finden sie, dass sie hier einiges gelernt haben, was sie vielleicht zu Hause umsetzen können. Ihr Hauptproblem ist allerdings das geringe Taschengeld, und in diesem Bereich gibt es, wie Andreas Hilliger in seinen Abschiedsworten betont hat, nur wenig Hoffnung auf Änderung, wenn die Landespolitik nicht eingreift.

Ganz ähnlich geht es Susan und Meike, die beide 14 Jahre alt sind. Susan meint, dass die Beteiligung in ihrer Einrichtung schon relativ weit entwickelt ist: Es gibt ein festgelegtes Beschwerdeverfahren und verschiedene Wege, persönliche Probleme zu Gehör zu bringen, unter anderem einen Briefkasten und vorgefertigte Beschwerdekarten. Die Mitglieder des Sprecherrates sind abwechselnd immer telefonisch für alle ansprechbar, und der Träger arbeitet gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern seit mittlerweile 10 Jahren an einem Kinderrechtekatalog, der immer wieder angepasst wird. Susans Problem ist, dass sie von vielen Angeboten ausgeschlossen ist, die für andere Jugendliche selbstverständlich sind. Dazu gehören zum Beispiel Klassenfahrten. Schon zwei Mal hatte die Einrichtung Probleme, ihre Teilnahme zu finanzieren. Beim ersten Mal wurden die Kosten irgendwie von der Schule über-

nommen. Auf die zweite - stolze 450 Euro waren dafür aufzuwenden - musste sie aber verzichten.

Noch knapper geht es in der Einrichtung der 17-jährigen Lisa zu. Dort erhalten die Jugendlichen mit lediglich 30 Euro nicht nur extrem wenig Taschengeld, die Mädchen müssen davon auch noch sämtliche Artikel bezahlen, die sie für ihre Monatshygiene brauchen. „Das ist nicht gerecht“, meint Lisa, „wir kaufen das teure Zeug ja nicht zum Spaß, sondern weil wir es brauchen. Eigentlich ist das gegenüber den Jungen eine Benachteiligung, denn die haben diese Kosten nicht.“ Lisa findet, dass die Hygieneausgaben genauso zum Unterhaltsbedarf gehören wie die Kosten für das Essen und deshalb von der Einrichtung übernommen werden sollten.

Luise hat aufgrund mangelnden Geldes sogar Probleme mit ihrem Berufswunsch. Für ihre Ausbildung würden Kosten anfallen, die das Jugendamt, so die Auskunft, nicht übernehmen kann. Das Amt würde ihrem Wunsch nicht einmal dann zustimmen, wenn es andere Finanzierungsquellen gäbe. Jegliches Geld, das für sie bereitgestellt wird, meinte die zuständige Sachbearbeiterin, werde als Einkommen mit den Unterhaltskosten verrechnet. „Wie“, fragt Luise, „wird mir denn hier mein Recht auf selbst gewählte Ausbildung erfüllt?“ Luise wusste auch nicht, dass sie als Oberstufenschülerin Anspruch auf nicht anrechnungsfähiges Brandenburger Schüler-BaföG hat, war also grundlegend falsch informiert. „Es ist blöd“, meinte sie, „dass es keine Stelle gibt, die uns immer korrekte Auskünfte gibt.“



Wir wünschen euch  
Mut für die  
Durchsetzung eurer  
Rechte

und freuen uns auf  
das nächste  
Dialogforum ...



Tornowstr. 48  
14473 Potsdam  
Tel. 0331 284 97-0  
Fax 0331 284 97-30  
info@paritaet-brb.de  
www.paritaet-brb.de

---